



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 06.11.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.05.2014, 14:30 Uhr bis 16:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Ebru Coban	KL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Frau Filiz Kalamam	
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Helmut Jung	CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Koch	CDU	Vertreter für Herrn Kara
------------------	-----	--------------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
--------------------------	-------

Herr Dr. Ralf Unna GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg FDP Fraktion

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karel Jun. Schiele pro Köln Vertretung für Herrn Uckermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen DIE LINKE

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Öznur Naz Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Frau Gabriele von Dombois Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Christina Boeck
Frau Susanne Kremer-Buttkereit Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)

Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Andreas Vetter Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy Aksoy
Herr Fevzi Bayrak LB
Herr Ekrem Ceylan KL
Frau Antonella Giurano Italiani per Colonia
Herr Vedat Günes Integration
Frau Yeliz Karadeli-Yasar KL
Herr Serkan Kirli Mevlana
Herr Tekin Parmaksiz SPD
Frau Suzan Ugursoy INTERFAMILIA
Yavuz Yüksel

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut CDU
Herr Efsan Kara CDU Vertreten durch Herrn Jürgen Koch
Herr Jörg Uckermann pro Köln Vertreten durch Herrn Karel Schiele

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Christopher Meier	Agentur für Arbeit entschuldigt
Frau Susanne Rabe-Rahman	Caritasverband für die Stadt Köln e.V. entschuldigt
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. entschuldigt
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband Kölnmetall entschuldigt

Verwaltung

Frau Dagmar Dahmen Vertreten durch Frau Christina Boeck

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Keltek Hinweise

- auf ein ausgelegtes Schreiben des Integrationsratsvorsitzenden Herrn Keltek an Herrn Innenminister Jäger zum tragischen Tod des Herrn Ali Kurt, sowie eines Antwortschreiben des Ministers,
- auf das ausgelegte Beschlussprotokoll des Jugendhilfeausschusses zum Antrag des Integrationsrates aus der Sitzung am 20.01.14, zur Einrichtung von bilingualen Gruppen in Kindertagesstätten,
- auf die Verabschiedung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms – Bestandsaufnahme‘ in der Sitzung des Rates am 08.04.13,
- darauf, dass der in der Sitzung des Integrationsrates am 17.03.14 einstimmig verabschiedete Antrag zur Erweiterung der Kompetenzen des Integrationsrates nicht in der Sitzung des Rates am 08.04.14 behandelt werden konnte.

Des Weiteren macht Herr Keltek auf folgende Veranstaltungen aufmerksam:

- Öffentliche Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Integrationsratswahlen am 14.5. in der Alten Feuerwache
- Veranstaltung des Integrationsrates zum Thema ‚Mehrsprachigkeit im Gespräch‘ am 19.05.14 im Kölner Rathaus
- Veranstaltung des Integrationsrates zum Thema ‚Der Spuk muss endlich aufhören- wo müssen wir anfangen?‘ am 08.06.14 im Rahmen des Birlikte Kunst- und Kulturfestes in Köln-Mülheim

RM Herr Jung gibt eine persönliche Erklärung und weist darauf hin, dass dies seine letzte Teilnahme an den Sitzungen des Integrationsrates sei. Er bedankt sich herzlich für die gute Zusammenarbeit in diesem Gremium und wünscht den Mitgliedern alles Gute.

RM Frau Laufenberg bittet die Verwaltung darum, bei der Festlegung der künftigen Sitzungstermine des Integrationsrates in der nächsten Wahlperiode, diesen möglichst erst ab 15:00 h beginnen zu lassen. Die Verwaltung sagt zu, diese Bitte entsprechend weiterzuleiten.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig um
TOP 1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen
TOP 3.1 Anfrage zum Nippes-Museum

TOP 5.4 Antrag zum Nagelbombenanschlag ergänzt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 1.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen'
1451/2014
- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Aydik zur Gebetsraumeröffnung am Flughafen AN/1313/2013
1201/2014
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 Anfrage zum 'Nippes Museum'
AN/0657/2014
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 Projekt „Die Politik in unserer Stadt mit gestalten – Qualifizierung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten der Integrationsratswahlen 2014“
0798/2014
- 4.2 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2013
0638/2014
- 4.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
0727/2014
- 4.4 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014
1034/2014
- 4.5 Bericht des Dezernates Bildung, Jugend und Sport über aktuelle Angebote und geplante Maßnahmen bzw. Beteiligung an Maßnahmen federführender Kooperationspartner zu fachbezogenen Handlungserfordernissen bei Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien
1094/2014

- 4.6 Festlegung der Zweckbestimmung von 40.000 € für interkulturelle Kunstprojekte, Haushaltsjahr 2014
1155/2014
- 4.7 Kennzahlen 2013 der Familienberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft
1315/2014
- 4.8 Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen
1488/2014

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 5.1 Antrag zur Einführung der anonymen Bewerbung in der Stadtverwaltung
AN/0649/2014
- 5.2 Antrag auf Benennung eines Platzes oder einer Straße nach Ali Kurt
AN/0648/2014
- 5.3 Antrag auf Unterstützung der Kampagne ‚Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum‘ in Köln
AN/0668/2014
- 5.4 Antrag zum Denkmal zum Nagelbombenanschlag in Köln - Vorschlag der IG-Keupstrasse
AN/0695/2014

6 Berichte

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm Ältere Migranten/Migrantinnen Beratungsangebote
0744/2014
- 7.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm Ältere Migranten/Migrantinnen Mobile Pflege, stationäre Angebote
0748/2014
- 7.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.
1194/2014

- 7.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2014
1392/2014
- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen' 1451/2014

RM Herr Helling kritisiert, dass in der Vorlage keinerlei Aussagen zu den erforderlichen Finanzmitteln bei einer Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen dargestellt seien.

RM Herr Detjen kritisiert, dass in der Vorlage die Kommentierungen der Verwaltung nicht ausreichend sind und hält eine Feinjustierung für dringend erforderlich.

IRM Herr Özküçük kritisiert die Vorlage und fühlt sich, ohne konkrete Aussagen zu den erforderlichen Finanzmitteln zu einzelnen Maßnahmen, der Verwaltung ausgeliefert.

RM Herr Helling macht geltend, dass die Fachausschüsse nur dann die Maßnahmen priorisieren können, wenn die jeweils erforderlichen Finanzmittel bekannt sind. Zu den jeweiligen Beratungen in den Fachausschüssen sei dann die Anwesenheit der ‚Migrationsexperten‘ dringend erforderlich.

RM Frau Mucuk unterstützt, dass eine Priorisierung der Maßnahmen sich zwangsläufig auch immer an den Kosten orientieren.

RM Herr Helling stellt einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Antrag abstimmen

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt das vorliegende ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen‘ und deren Würdigung durch die jeweilige Fachverwaltung (siehe Anlage) zur Kenntnis zu nehmen.

Gemäß Ratsbeschluss vom 08.04.2014 ist die Verwaltung aufgefordert diese Maßnahmenvorschläge soweit aufzubereiten, dass eine sinnvolle Behandlung in den Ratsausschüssen unmittelbar nach der Konstituierung des Rates möglich wird. Sie soll so rechtzeitig erfolgen, dass einzelne Maßnahmen noch in den Haushalt 2015 eingeplant werden können. Die Behandlung in den Ratsausschüssen soll den Grundsätzen des Beschlusses des Integrationsrates vom 08.07.13 entsprechen und gezielte Beschlüsse

- zu Maßnahmen mit hoher Priorität, die in Zukunft fortzusetzen sind,
- zu Maßnahmen, die neu zu beginnen sind und zusätzliche personelle und/oder finanzielle Ressourcen binden und
- zu Maßnahmen, die eingestellt werden sollen ermöglichen.

Für jede Maßnahme ist der konkrete Finanzierungs- und Personalbedarf darzustellen.

Im Rahmen der gesondert zu erstellenden Beschlussvorlagen ist der jeweilige Personal- und Finanzierungsbedarf, sowie deren Deckung darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderungen einstimmig beschlossen

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Aydik zur Gebetsraumeröffnung am Flughafen AN/1313/2013 1201/2014

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Anfrage zum 'Nippes Museum' AN/0657/2014

Es liegt noch keine Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung vor

4 Mitteilungen

4.1 Projekt „Die Politik in unserer Stadt mit gestalten – Qualifizierung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten der Integrationsratswahlen 2014“ 0798/2014

Der Vorsitzende Herr Keltek erinnert daran, dass der Integrationsrat bereit Finanzmittel zur Durchführung eines Seminars für die neu gewählten Mitglieder bereits gestellt hat.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.2 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2013 0638/2014

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses 0727/2014

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.4 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014
1034/2014**

RM Herr Jung schlägt vor, diese Mitteilung an den neu gewählten Integrationsrat zu verweisen.

Die Mitteilung wird zur Vorlage an den neu gewählten Integrationsrat verwiesen.

**4.5 Bericht des Dezernates Bildung, Jugend und Sport über aktuelle Angebote und geplante Maßnahmen bzw. Beteiligung an Maßnahmen federführender Kooperationspartner zu fachbezogenen Handlungserfordernissen bei Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien
1094/2014**

Die Verwaltung Herr Völlmecke (stellvertretende Leiter des Jugendamtes) erläutert auf verschiedene Nachfragen, dass

- ein psychologischer Beratungsbedarf durch die Wohlfahrtsverbände und in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Gesundheitsbereich erfolge,
- aufgrund begrenzter Finanzmittel eine flächendeckende Versorgung nicht möglich sei und eine Konzentration der aktuellen Arbeit auf drei relevante Stadtbezirke begrenzt werden musste.

RM Frau Mucuk appelliert an den Integrationsrat, der Begleitung des Themas Zuwanderung aus Südosteuropa und des Themas Flüchtlinge einen hohen Stellenwert zu geben.

Auf Nachfrage von IRM Frau Nikpay, inwieweit sich um das Thema Prostitution von jugendlichen Zuwander/-innen aus Südosteuropa gekümmert werde, teilt die Verwaltung, Frau Beigeordnete Reker, mit, dass es hierzu keine systematische Untersuchung gäbe, allerdings über die beiden Arbeitsprojekte im rechts- und linksrheinischen Köln die Hoffnung bestehe, die einzelnen Familien und damit auch solche evtl. vorhandenen Problemlagen besser in Erfahrung zu bringen.

Frau Beigeordnete Reker führt zum Bereich Flüchtlinge aus, dass grundsätzlich die Vermittlung an die Regeleinrichtungen priorisiert wird, allerdings den zwei städtischen Notaufnahmeeinrichtungen aufgrund des dort sehr hohen Bedarfes auch vorübergehend spezielle Angebote gemacht werden.

Der Vorsitzende Herr Keltek bemerkt abschließend, dass die in der Diskussion gezeigte Sensibilität zum Thema auch weiterhin innerhalb des Gremiums aufgebracht werden sollte.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.6 Festlegung der Zweckbestimmung von 40.000 € für interkulturelle Kunstprojekte, Haushaltsjahr 2014
1155/2014**

Der Vorsitzende Herr Keltek äußert seine Verärgerung darüber, dass der Integrationsrat bei der Beschlussvorlage durch die Kulturverwaltung nicht in der Vorberatung mit eingebunden worden sei und bittet die Verwaltung dringend, dies künftig zu beachten.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.7 Kennzahlen 2013 der Familienberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft 1315/2014

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.8 Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen 1488/2014

Herr Prölß macht zu der von der Ausländerbehörde dargestellten Entwicklung der Flüchtlingszahlen darauf aufmerksam, dass

- die Zahl der Asylsuchenden, welche per Zuweisungsschlüssel in Köln untergebracht werden müssen, sehr stark gestiegen seien,
- bei der Zahl der geduldeten Flüchtlinge ein gewisser Zuwachs zu verzeichnen ist, und
- die Zahl der unerlaubt Eingereisten nur leicht gestiegen ist.

Es sei für ihn wichtig, in der politischen Diskussion über die Flüchtlingszahlen auf diese unterschiedlichen Zahlenentwicklungen hinzuweisen.

Herr Prölß wünscht sich für die nächste Wahlperiode des Integrationsrates eine aktivere Rolle des Gremiums bei der Gestaltung der Flüchtlingspolitik bzw. der Unterbringung von Flüchtlingen in Köln.

RM Herr Helling unterstützt die Aussage von Herrn Prölß nach einem künftig stärkeren Engagement des Integrationsrates im Bereich der Flüchtlingspolitik. Die jetzt vorgeschlagenen acht Standorte seien angesichts der Zugangszahlen und von 1000 in Hotels untergebrachten Flüchtlingen bei weitem nicht ausreichend. Er sieht hier die Notwendigkeit, die Kölner Wohnungsbauunternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen und diese aufzufordern, ebenfalls Wohnungen für Flüchtlinge zu errichten.

Herr Helling appelliert dafür, diesem Thema in der künftigen Arbeit eine wesentlich höhere Priorität zu geben.

RM Herr Detjen unterstützt den Appell von Herrn Helling und verweist auf die Erfahrungen bei den Anhörungen zur Unterbringung in den Stadtteilen und, dass die Bevölkerung sehr daran interessiert sei, wenn über konkrete Möglichkeiten einer Unterstützung praktisch informiert werde.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

5.1 Antrag zur Einführung der anonymen Bewerbung in der Stadtverwaltung AN/0649/2014

Die Antragsteller IRM Frau Brunelli und IRM Herr Ekinci begründen den Antrag. Dieser Antrag auf Auswertung der Erfahrungen sei der erste Schritt dazu, möglicherweise künftig anonyme Bewerbungen bei der Stadtverwaltung einzuführen und eine Vorreiterrolle bei diesem Thema einzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek ergänzt hierzu, dass die bei Bewerber/-innen mit Zuwanderungsgeschichte vorhandenen zusätzlichen sprachlichen Qualifikationen mehr in den Fokus genommen werden sollten. Er appelliert, den Antrag zu unterstützen.

RM Herr Detjen erklärt ebenfalls seine Unterstützung des Antrages und hofft auf eine breite Unterstützung im Gremium.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung bis zum Sommer 2014 die Erfahrungen anderer Städte und sonstiger Öffentlicher Verwaltungen wie z.B. Landesministerien mit anonymen Bewerbungen vorzustellen. Sollte es andernorts bereits Auswertungen von kultursensiblen Auswahlverfahren geben, sollen diese auch vorgestellt werden.

Es wird gebeten, die Auswirkungen der anonymen Bewerbungen und ggf. der kultursensiblen Auswahlverfahren auf die Einstellungen von Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte, mit Behinderungen und auf die Zahl der eingestellten Frauen darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.2 Antrag auf Benennung eines Platzes oder einer Straße nach Ali Kurt AN/0648/2014

Der Vorsitzende Herr Keltek begründet seinen Antrag. Er beschreibt, dass er auf der Trauerfeier von den Angehörigen des Herrn Kurt darum gebeten worden sei, sich darum zu kümmern, dass dessen Einsatz nicht in Vergessenheit gerate.

Die Verwaltung, Frau Beigeordnete Reker, verweist darauf, dass eine gewünschte Entscheidung über die Benennung formal erst zwei Jahre nach dem Tod der betroffenen Person erfolgen könne. Eine entsprechende Entscheidung der zuständigen Gremien vorausgesetzt, würde die Verwaltung dann unaufgefordert in 1 ½ Jahren das Prüfverfahren einleiten.

RM Frau Mucuk hebt die heldenhafte Leistung von Herrn Kurt hervor. Sie erklärt, dass seitens des Herrn Oberbürgermeisters ebenfalls Möglichkeiten des Gedenkens überlegt würden. Frau Mucuk führt aus, dass die SPD-Fraktion den vorgelegten Antrag nicht unterstützen könne, da dies eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Familien sei, aus denen Mitglieder in ähnlicher Weise tragisch ums Leben gekommen seien. Sie bittet die Verwaltung, alternative Möglichkeiten des Gedenkens für alle diese Menschen zu prüfen.

Der Vorsitzende Herr Keltek hält die von Frau Mucuk gegebene Begründung für nicht nachvollziehbar.

RM Frau Laufenberg schließt sich der Meinung von Frau Mucuk an. Für die FDP-Fraktion komme allerdings noch ein weiterer Ablehnungsgrund hinzu. Frau Laufen-

berg erklärt ihre hohe Wertschätzung für die von Herrn Kurt versuchte Rheinrettung und führt ergänzend aus, dass allerdings die Polizei, der Wasserschutz und die DLRG immer wieder die Bevölkerung darauf hinweisen, dass es verkehrt sei, selber retten zu wollen und stattdessen sofort die Rettungskräfte alarmiert werden sollten. Vor dem Hintergrund dieser Warnungen an die Bevölkerung halte sie es für falsch, eine Art Rettungsmedaille für den Versuch einer Rheinrettung zu verleihen. Den Helfern solle daher in anderer Weise gedacht werden.

RM Herr Helling plädiert dafür, Überlegungen anzustellen, welche andere Form der Anerkennung gewährt werden könne. Er weist auf die begrenzte Menge der zur Verfügung stehenden Straßen und Plätze und die hohen Kriterien bei einer Benennung. Herr Helling spricht sich dafür aus, eine Straßenbenennung nur für Personen vorzunehmen, die die Gesellschaft maßgeblich mitgestaltet haben, wie z.B. Heinrich Böll oder Wissenschaftler.

IRM Herr Özkücük weist auf den ausdrücklichen Wunsch der Familie hin. Es habe hier ein Mensch spontan und mutig gehandelt und nicht lange überlegt, ob sein Handeln richtig oder falsch sei. Herr Özkücük spricht sich für den Antrag aus und schlägt aufgrund des Wohnsitzes von Familie Kurt in Mülheim vor, die Bezirksvertretung Mülheim zu bitten, im Stadtbezirk eine Straße oder einen Platz nach Herrn Kurt zu benennen.

RM Herr Detjen erklärt, dass Herr Kurt sehr wohl aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitgewirkt habe. Er hält die Debatte für absolut unwürdig und sei entsetzt über die Ablehnung.

RM Frau Schmerbach sieht eine Einigkeit hinsichtlich eines Andenkens. Es gehe um eine adäquate und würdige Form des Andenkens am besten für beide Männer, die bei den Rettungsversuchen ums Leben gekommen seien. Frau Schmerbach möchte hierbei auch nicht ausschließen, dass dieses Andenken auch in Form der Benennung einer Straße oder eines Platzes erfolgen könne.

RM Herr Schiele fasst die Leistung von Herrn Kurt und die öffentliche Resonanz zusammen.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt einen geänderten Antrag im Sinne der Einlassungen von Frau Schmerbach und Herrn Özkücük zur Abstimmung.

Beschluss:

Ehrungen für Herrn Yilmaz Acer und Herrn Ali Kurt

Der Integrationsrat bittet den Oberbürgermeister und die Bezirksvertretung Mülheim in Kürze zu prüfen, welche adäquaten Ehrungen für die zu Tode gekommenen Helfer, Herrn Yilmaz Acer und Herrn Ali Kurt, vorgenommen werden können, z.B. auch durch die Benennung einer Straße oder eines Platzes.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderungen im Titel und Beschlusstext einstimmig beschlossen

5.3 Antrag auf Unterstützung der Kampagne ‚Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum‘ in Köln AN/0668/2014

Der Vorsitzende Herr Keltek begründet seinen Antrag.

Beschluss:

Der Integrationsrat begrüßt die Kampagne ‚Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum‘ von ‚Öffentlichkeit gegen Gewalt‘ und dem ‚Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen‘ und ruft die Kölner Wohnungswirtschaft dazu auf, sich zahlreich um die hier angebotene Auszeichnung für eine herkunftsunabhängige Vermietung zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.4 Antrag zum Denkmal zum Nagelbombenanschlag in Köln - Vorschlag der IG-Keupstrasse AN/0695/2014

Der Vorsitzende Herr Keltek begründet seinen Antrag und verweist auf das beigefügte Anschreiben der IG Keupstrasse.

RM Frau Laufenberg lehnt den Antrag für die FDP-Fraktion ab. Inhaltlich unterstütze sie grundsätzlich das Ansinnen, lehne aber eine Verknüpfung der beiden Themen ab und sie verweist auf den im Jugendhilfeausschuss zur Abfrage des Bedarfes verabschiedeten Antrag zur bilingualen Erziehung in Kindertagesstätten.

RM Frau Mucuk unterstützt den Antrag grundsätzlich, sieht allerdings aufgrund des bereits im Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Antrages keine Möglichkeit einer Zustimmung. Sie verweist auf die Notwendigkeit, Eltern und Erzieherinnen bei dem Prozess der Einführung bilingualer Gruppen einzubinden. Sie bittet den Antragsteller den Antrag zu überarbeiten, da die SPD-Fraktion diesen ansonsten ablehnen müsse.

RM Herr Jung sieht die Gefahr, dass zwei Anträge zum Gedenken an den Anschlag in der Keupstrasse miteinander vermischt werden. Er plädiert für eine Verweisung des Antrages in den Jugendhilfeausschuss.

RM Herr Helling beschreibt die dringende Notwendigkeit eines sichtbaren Mahnmals als Erinnerung für die Stadtgesellschaft. Herr Helling möchte den Wunsch der IG-Keupstrasse nicht als konkurrierendes Gedenken verstanden wissen und schlägt ein Gespräch mit der Keupstrasse vor um diesen die Wichtigkeit eines Mahnmals darzustellen.

RM Herr Detjen sieht aufgrund des Antrages lediglich die Notwendigkeit einer Verknüpfung der beiden Diskussionsprozesse ‚Mahnmal‘ und ‚bilinguale Kitagruppen‘.

IRM Herr Özkücük sieht keine Konkurrenz dieses Antrages zu dem geplanten Denkmal/Mahnmal. Der vorliegende Antrag sei ein Antrag für Integration und Interkulturelle Öffnung und solle nicht zerredet, sondern unterstützt werden. Es gehe hier zudem nicht nur um einen Anschlag des NSU, sondern auch um eine Form des Staatsversagens, weshalb hier durchaus Forderungen zu stellen seien. Er hält es daher nicht für sinnvoll, den Antrag zurück zu stellen und wirbt für eine Zustimmung.

IRM Herr Aydik unterstützt die Ausführungen von Herrn Özkücük und beschreibt ein damit verbundenes deutliche Signal gegenüber der Neonaziszene, wenn dem Antrag

zugestimmt und die Forderungen daraus umgesetzt werden würden. Er bittet um Zustimmung zum Antrag.

IRM Herr Ekinci schließt sich den beiden Vorrednern an und plädiert dafür, in die Zukunft der Kinder und gegen den Rassismus zu investieren.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker zitiert aus einer Stellungnahme des NS-Dok und schlägt einen Änderungstext zum Antrag vor.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt einen geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung in Ergänzung des Beschlusses des Rates vom 11.02.2014 zu prüfen, ob und wie ein Gedenken an den Nagelbombenanschlag, in Form von 22 bilingualen Kindertagesstätten, an denen jeweils eine herkunftssprachliche Erziehung in deutscher und türkischer Sprache besteht, verwirklicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderungen mehrheitlich bei drei Enthaltungen beschlossen.

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte der sachkundigen Einwohner/-innen aus den Ausschüssen vor.

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet, dass sich der Landesintegrationsrat aktuell mit dem neuen Entwurf zum Kibiz Gesetz befasst.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm Ältere Migranten/Migrantinnen Beratungsangebote 0744/2014

IRM Herr Özküçük sieht in der vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung keinerlei Änderung der bestehenden Situation.

Es entsteht eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer Verabschiedung bzw. Änderung der Vorlage

Abschließend plädiert RM Herr Helling für einen Beschluss im Integrationsrat und anschließende Diskussion im Ausschuss für Soziales und Senioren als Fachgremium und unter Berücksichtigung aller 19 im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen‘ aufgelisteten Vorschläge.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, die Verwaltung zu beauftragen, das bestehende stadtweite Angebot der Seniorenberatung verstärkt interkulturell zu öffnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**7.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm Ältere Migranten/Migrantinnen
Mobile Pflege, stationäre Angebote
0748/2014**

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, die Verwaltung zu beauftragen, dafür zu werben, die bestehenden ambulanten und stationären Angebote der Pflege verstärkt interkulturell zu öffnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**7.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
e.V.
1194/2014**

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie zu beschließen, den Verein „Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.“, Richartzstr. 2-4, 50667 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**7.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2014
1392/2014**

Beschluss:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Training im Jahr 2014 werden in einem ersten Schritt die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 3.303,- € gemäß Anlage 1 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es gibt keine Vorschläge für eine Pressemitteilung.

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es gibt keine mündlichen Anfragen.